

# «Umverteilen heisst alle arm machen»

**SCHWYZ** Mit Oswald J. Grübel war gestern einer der erfolgreichsten Wirtschaftsführer Gastredner am «Bote»-Business-Träff. Er kritisierte die Mittelmässigkeit.

FRANZ STEINEGGER

«Er ist einer der kompetentesten Wirtschaftsführer der letzten Jahrzehnte», begrüusste Verleger Hugo Triner den Gastreferenten, den ehemaligen CEO der Grossbanken Credit Suisse und UBS.

## «Gleichheit wird erzwungen»

«Es passiert etwas anderes in der Welt, als wir es uns gewohnt sind», begann der ehemalige Spitzenbankier seinen Vortrag vor 100 Zuhörern im «Wysse Rössli» in Schwyz – und fokussierte auf den Nationalen Finanzausgleich: «Der NFA zeigt, dass man bestraft wird, wenn man alles richtig macht.» Dass Schwyz ein Minus machen müsse, damit Bern einen Überschuss erziele, sei «ein Witz, der blanke Wahnsinn». Dies sei ein gutes Beispiel, um aufzuzeigen, dass «man heute versucht, immer mehr Gleichheit zu erzwingen. Früher wurde belohnt, wer mehr arbeitete, heute hat man davon ein ganz anderes Verständnis.»

## Die Falschen bestraft

Er kritisierte, dass heute Geld gedruckt werde, um den Frankenkurs zu drücken. Das begünstige jene, die Schulden hätten: «Sie sind die Gewinner, weil ihre Schulden immer weniger Wert haben.» Demgegenüber werde bestraft, wer Vermögen aufgebaut habe: «Umverteilen heisst, alle arm zu ma-



Verleger Hugo Triner (links) im Gespräch mit Oswald J. Grübel gestern am «Bote»-Business-Träff in Schwyz.

Bild Franz Steinegger

chen», sagte Grübel, der seine frühe Kindheit in der DDR verbrachte. «Das habe ich im Kommunismus gelernt, in dem ich acht Jahre gelebt habe.»

Er liess jedoch auch Kritik an seiner eigenen Zunft durchblicken. «Wir hatten 70 gute Jahre, bis 2007 wunderbar funktionierende Märkte. Doch dann verloren wir den Überblick, weil alles zu gross geworden war», blickte er auf

die Finanzkrise der darauf folgenden Jahre zurück. Die Banken hätten ihre Glaubwürdigkeit verloren, «sodass die Politik die moralische Glocke über sie stülpen konnte».

## Die Wachstumsbremsen

Diese von der Politik erzwungene Sicherheit sei auch ein Hemmschuh: «Mit zunehmender Sicherheit verringert

sich das Wachstum bis hin zur Rezession, weil immer weniger Risiken eingegangen werden.»

Als weiteren Bremsfaktor sieht er die seit 2007 kleiner werdende Gruppe der 45- bis 55-Jährigen – jener Altersgruppe, welche die Wirtschaft am meisten belebte. Diese «produktivste Gruppe» werde erst ab dem Jahr 2021 wieder grösser. Wir müssten uns deshalb für die

kommenden Jahre «auf ein Nullwachstum oder zumindest ein tiefes Wachstum einstellen».

## «Bitte schiessen Sie»

Schliesslich kritisierte er den fixen Wechselkurs, den die Schweizerische Nationalbank (SNB) eingeführt hatte: «Alle Banken und Zentralbanken haben sich darüber gewundert. Das ist, wie wenn man sich eine Zielscheibe anzieht und alle auffordert: Bitte schiessen Sie auf mich», denn dadurch sei die Nationalbank angreifbar geworden. Die Bilanz der SNB habe sich seither von 50 auf über 500 Milliarden Franken aufgebläht.

Heute würden viele die vermeintlichen Schwierigkeiten der Exportwirtschaft der Wechselkursaufgabe vom 15. Januar zuschieben. Das ziele jedoch an den Fakten vorbei. Grübel rechnete vor, dass die Exporte in den ersten neun Monaten 2015 um vier Prozent zurückgegangen sind, der Franken aber um 10 Prozent stärker geworden ist, womit – «wer rechnen kann» – 6 Prozent mehr exportiert worden sei. «2015 wird die Schweiz den grössten je erzielten Handelsbilanzüberschuss einfahren.»

Gegen die Frankenaufwertung sei kein Kraut gewachsen. «Die Schweizer Währung ist so stark, weil wir optimaler arbeiten als andere.» Solange dies so sei, sei der Aufwärtstrend nicht aufzuhalten.

## Grübel bleibt im Kanton Schwyz

Zum Abschluss fragte ihn Hugo Triner, ob die angekündigte Steuererhöhung vermögende Leute aus dem Kanton vertreiben. Lange liess Grübel, der in Wollerau wohnt, die Frage offen, meinte dann aber: «Das glaube ich nicht. Ich habe erst kürzlich ein Haus gekauft und muss dies noch amortisieren.»

## Bundesrat setzt Beat Eberle ab

**BERN** sda/fan. Die Militärische Sicherheit braucht einen neuen Kommandanten: Das Arbeitsverhältnis mit Beat Eberle wurde aufgelöst. Über die Gründe wurde Stillschweigen vereinbart. Eberle stand von 1997 bis 2002 in den Diensten der Kantonspolizei Schwyz, zuerst als Stabs- und Kripochef und von 2000 bis 2002 als Kommandant ad interim. Über die Absetzung von Eberle durch den Bundesrat hatte am Sonntag die «Zentralschweiz am Sonntag» berichtet. Die Sicherheitskommission des Ständerats wurde gestern orientiert.

## Stillschweigen vereinbart

Über die Gründe und den Zeitpunkt des Abgangs wurde sie nicht informiert, wie Kommissionspräsident Alex Kuprecht (SVP, Pfäffikon) auf Anfrage sagte. Die Kommission habe akzeptiert, dass über die Gründe Stillschweigen vereinbart worden sei. Der Bundesrat hatte Eberle im März 2012 zum Kommandanten der Militärischen Sicherheit ernannt. Zuvor war der 54-jährige Beat Eberle unter anderem Kommandant der Swisscoy im Kosovo, Verteidigungsattaché in Stockholm und Kommandant der Bündner Kantonspolizei gewesen.

## NACHRICHTEN

### Startkapital für Solar-Anlage

**EINSIEDELN** one. In Einsiedeln haben 15 Personen die Genossenschaft «Erneuerbare Energien Einsiedeln» gegründet – kurz G3E. Zusammen bürgten sie für ein Startkapital von 75000 Franken. Damit soll eine erste Solar-Anlage finanziert und betrieben werden. Diese soll laut Präsident Rudolf Bopp im Sommer 2016 in Betrieb genommen werden. Wo genau die Anlage stehen wird, ist noch nicht klar. Sechs Standorte stehen offen zur Auswahl.



Über 60 Kinder aus allen Gemeinden des Kantons versammelten sich gestern im Kantonsratssaal.

Bild Laura Inderbitzin

## Chefin von Unicef fesselt Schwyzer Kinder

**KANTON** Gespannt lauschten die jungen Abgeordneten Elsbeth Müller, der Chefin von Unicef Schweiz. Gestern tagte das Kinderparlament in Schwyz.

LAURA INDERBITZIN

Über 60 Kinder hören den Vortrag von Elsbeth Müller, Chefin von Unicef Schweiz. Sie spricht über das Thema der Session des Kinderparlaments: die UN-Kinderrechtskonvention. Alle ausser zwei Ländern haben diese Konvention unterschrieben. «Viele Leute müssen lachen, wenn sie hören, welche Länder das sind», sagt Müller. Somalia und die Vereinigten Staaten von Amerika. Sonst haben sich alle Länder dazu verpflichtet, nach den Vorgaben der Kinderrechtskonvention zu handeln. Sehr wichtig sei das Mitspracherecht der

Kinder. «Wenn ihr zum Beispiel schwer krank sein würdet, könntet ihr mitentscheiden, was mit eurem Körper geschieht und wie ihr euch behandeln lassen wollt», erklärt Müller. Kinder hätten die Kompetenz, Probleme und auch Lösungen dafür schnell zu erfassen – wenn sie ein Thema direkt betrifft.

Während ihres ganzen Vortrags ist es still. Die Kinder scheint es zu interessieren, was die Unicef-Chefin über Kinderrechte zu erzählen weiss. Sie schliesst ihren Vortrag mit den Worten: «Ich finde es toll, dass es ein Kinderparlament in eurem Kanton gibt.» Sie sei gespannt auf die Ergebnisse der Debatte.

## Gruppenarbeit und Debatte

Die Aufgabe der Kinder war es, das wichtigste Kinderrecht für sie zu bestimmen. Sie entschieden sich für den Artikel 13, das Recht auf freie Meinungsäusserung. Auch Andy Tschümperlin war im Kinderparlament anwesend. Er hatte diese Herbstsession nämlich noch mitorganisiert.

## Schwyzler starten Gesundheits-Initiative

**KANTON** Mit der eidgenössischen Volksinitiative «Ja zur Bewegungsmedizin» soll gespart und gesünder gelebt werden.

ANDREAS KNOBEL

«Das heutige Krankheitswesen soll zum wirklichen Gesundheitswesen werden», fordern Armin Spörri, Inhaber der TC Training Center in Pfäffikon und Lachen, Armin Kistler, sein Marketingleiter und Instruktor, zusammen mit dem Lachner SVP-Nationalrat Pirmin Schwander. «Alle jammern über die explodierenden Gesundheitskosten, wir tun etwas dagegen.» Demnächst wollen sie in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Fitness- und Gesundheitsverband (SFGV) eine eidgenössische Volksinitiative starten. 120000 Unterschriften wollen sie innerhalb von 18 Monaten schweizweit sammeln.

## Nicht Sport, sondern Fitness

Ein grosser Teil der Gesundheitskosten entstehe durch Zivilisationskrankheiten, sind die Initianten überzeugt. Denn wer sich nicht bewege, werde früher oder später krank, weil die Muskulatur vernachlässigt werde. «Wer regelmässig ein klar definiertes Fitnessprogramm unter kompetenter Anleitung in einem anerkannten Fitnesscenter absolviert und damit viel für seine persönliche Gesundheit und gegen die hohen Kosten des Gesundheitswesens macht, soll einen Teilbetrag seiner Kosten von der obligatorischen Krankenversicherung rückerstattet erhalten», schreibt Roland Steiner, Vizepräsident des SFGV, in einem bereits detailliert ausgearbeiteten Dossier.

Die Gelder der Kassen sollen für die Erhaltung der Gesundheit und weniger zum Reparieren der durch Faulheit erworbenen gesundheitlichen Probleme verwendet werden. Das bedeute demnach nicht, dass einfach sämtliche sportliche Tätigkeiten subventioniert

werden sollen, schränkt Armin Spörri ein, sondern nur gesundheitsorientierte Fitness. Dafür brauche es zertifizierte Instrukturen, die ein betreutes Muskeltraining korrigieren und kontrollieren würden, präzisiert Armin Kistler, vor allem bei älteren Menschen. Spörri und Kistler machen keinen Hehl daraus, dass sie als Fitnesscenter von solch einem Systemwechsel profitieren würden. Es werde sich bei den Anbietern aber bald die Spreu vom Weizen trennen, sind sie überzeugt.

## 1 Milliarde Franken einsparen

Pirmin Schwander, früher selber aktiver Leichtathlet, unterstützt die Initianten in rechtlicher und politischer Hinsicht. Wie aber lässt sich dieser Vorstoss mit dem SVP-Credo von Eigenverantwortung und schlankem Staat vereinbaren? Doch, die Initiative liege durchaus auf ihrer Linie, macht Schwander klar. Vor allem solange ein Vertragszwang mit den Ärzten bestehe. Diese könnten nämlich alles in Rechnung stellen, ohne grosse Kontrolle und ohne Wirkungsnachweis. Würde eine Vertragsfreiheit bestehen, sähe die Sache anders aus, tönt er an.

Mit der Annahme der Initiative entstünden nur auf den ersten Blick hohe Kosten, nämlich 700 Millionen Franken pro Jahr, was 0,5 Prozent der Gesundheitskosten ausmache. Die Kosten der körperlichen Inaktivität seien aber viel höher, rechnet der SFGV vor, nämlich 2,5 Milliarden Franken pro Jahr, also 1,8 Prozent der Gesundheitskosten. Unter dem Strich würde die Bevölkerung also mindestens 1 Milliarde Franken sparen – und würde erst noch gesünder und damit besser leben.



Armin Spörri und Armin Kistler.